

Befragung zum Thema Stadtentwicklung durch die BI Wasserkamp

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu den Fragen der Bürgerinitiative Wasserkamp Stellung zu nehmen. Die angesprochenen Themen betreffen wichtige Fragen der Stadtentwicklung und verdienen eine sachliche und umfassende Diskussion.

Wir als SPD-Ortsverein Hildesheim Südstadt haben uns bewusst für eine gemeinsame Stellungnahme entschieden. Die im Fragebogen behandelten Themen reichen von Stadtplanung und Verkehr über Natur- und Klimaschutz bis hin zu kommunalen Finanzen sowie rechtlichen Fragestellungen. Es ist aus unserer Sicht weder realistisch noch sachgerecht, von jeder einzelnen Kandidatin und jedem einzelnen Kandidaten zu erwarten, diese komplexen Themen in ihrer gesamten fachlichen Tiefe beurteilen zu können.

1. Innenentwicklung und Flächenentwicklung

Bei der Ausweisung von Flächen zur Neuentstehung von Wohnraum könnte z.B. an die Umwandlung bestehender Zweckbauten, Gewerbeflächen, Dachaufstockungen oder die Ersatzbebauung an Stellen nicht mehr nutzbarer Gebäude gedacht werden.

Soll die Nutzung bestehender Flächenpotenziale (z. B. Umwandlung, Leerstände) grundsätzlich Vorrang vor der Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich haben?

☒ Ja ☐ Nein

Die Nutzung bereits erschlossener Flächen sollte grundsätzlich Vorrang haben. Innenentwicklung, die Aktivierung von Leerständen und die Umnutzung geeigneter Gebäude sind wichtige Bausteine einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Gleichzeitig lässt sich der Wohnraumbedarf nicht in jedem Fall allein durch Innenentwicklung decken. Bei privaten Eigentumsverhältnissen sind die Handlungsmöglichkeiten jedoch begrenzt. Auch eine Zweckentfremdungssatzung bietet nur eingeschränkte Möglichkeiten, die Nutzung privater Wohnflächen einzufordern.

Befürworten Sie zusätzliche Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (z. B. Aktivierung von Baulücken, Dachaufstockungen, Umnutzungen)?

☒ Ja ☐ Nein

Ja. Baulücken, Dachaufstockungen und Umnutzungen sollten dort genutzt werden, wo sie städtebaulich sinnvoll und rechtlich möglich sind. Vorhandene Potenziale im Innenbereich sollten konsequent geprüft werden. Aber auch hier gilt, dass die Handlungsmöglichkeiten bei privaten Eigentumsverhältnissen begrenzt sind.

Unterstützen Sie Projekte zur Aktivierung von Leerständen (Leerstandskataster/-monitoring, Förderprogramme ...)?

☒ Ja ☐ Nein

Ja. Geeignete Maßnahmen zur Aktivierung von Leerständen unterstützen wir.

Unterstützen Sie eine Zweckentfremdungssatzung für Wohnraum?

☒ Ja ☐ Nein

Ja. Auf Antrag der Gruppe SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die PARTEI hat der Stadtrat im Juni 2026 eine Zweckentfremdungssatzung beschlossen. Sie soll dazu beitragen, dringend benötigten Wohnraum dem Wohnungsmarkt zu erhalten und ist aus unserer Sicht ein sinnvoller Baustein der Wohnungspolitik.

Setzen Sie sich dafür ein, dass das „Galeria“-Gebäude und/oder das ehemalige Gesundheitsamt in Wohnraum umgewandelt werden?

☐ Ja ☐ Nein

Die Frage verbindet zwei unterschiedliche Standorte mit unterschiedlichen Eigentumsverhältnissen und Zuständigkeiten.

Für das ehemalige Galeria-Gebäude wünschen wir uns eine zeitnahe und nachhaltige Nachnutzung. Ob dort Wohnraum oder eine andere sinnvolle Nutzung entsteht, hängt maßgeblich von den Entscheidungen des privaten Eigentümers ab. Mit diesem steht die Stadtverwaltung in regelmäßigem Kontakt, damit möglichst zeitnah eine Lösung gefunden wird.

Das ehemalige Gesundheitsamt gehört dem Landkreis Hildesheim. Der Kreistag hat im Juni 2026 beschlossen, dort einen neuen Berufsschulstandort zu planen. Eine Wohnnutzung steht deshalb derzeit nicht zur Diskussion.

Setzen Sie sich dafür ein, dass die Fläche der Diakonischen Werke in Sorsum für Wohnbebauung genutzt und entsprechend umgewandelt wird?

☒ Ja ☐ Nein

Sollte der Eigentümer eine Wohnbebauung anstreben und die planungsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen, unterstützen wir eine entsprechende Entwicklung grundsätzlich.

Setzen Sie sich dafür ein, das Gelände des ehemaligen Busparkplatzes der Boschwerke in Neuhaus für eine Wohnbebauung zu erschließen?

☐ Ja ☒ Nein

Nach unserem heutigen Kenntnisstand halten wir diese Fläche nicht für eine geeignete und attraktive Wohnlage. Zudem ist zu befürchten, dass Boden und Areal erheblich belastet sind und vor einer Wohnbebauung aufwendig saniert werden müssten. Die Stadtverwaltung hat sich auf eine entsprechende Anfrage im Jahr 2019 bereits in dieser Hinsicht geäußert.

Haben Sie weitere Vorschläge, wo bereits ganz oder teilweise versiegelte Flächen für eine Wohnbebauung erschlossen werden könnten?

☒ Ja ☐ Nein

Ja. Die SPD-Ratsfraktion hat der Verwaltung bereits weitere geeignete Flächen vorgeschlagen. Bevor neue Außenbereichsflächen in Anspruch genommen werden, sollten bereits erschlossene oder versiegelte Flächen vorrangig geprüft werden.

Halten Sie es für vertretbar oder gar erforderlich, die noch nicht beeinträchtigte Fläche des Wasserkamps im Zuge einer Wohnbebauung zu erschließen und mindestens teilweise zu versiegeln?

☒ Ja ☐ Nein

Der SPD-Ortsverein hat die Planungen für eine Bebauung des Wasserkamps von Beginn an kritisch begleitet. Nach den demokratischen Beschlüssen innerhalb der SPD und im Rat begleiten wir das weitere Verfahren konstruktiv-kritisch.

Ob das Baugebiet am Ende umgesetzt wird, hängt für uns von belastbaren Antworten auf die offenen Fragen ab. Maßgeblich sind insbesondere die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens, ein tragfähiges Verkehrs- und Mobilitätskonzept, die Vereinbarkeit mit Natur- und Artenschutz sowie die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Sollte das Baugebiet umgesetzt werden, muss der geförderte Wohnungsbau mit mindestens 25 Prozent bereits im ersten Bauabschnitt verbindlich realisiert werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass der geforderte bezahlbare Wohnraum nicht später doch noch gestrichen wird.

Ebenso erwarten wir nachvollziehbare Nachweise zur wirtschaftlichen Tragfähigkeit sowie tragfähige Lösungen für die Verkehrserschließung und die Auswirkungen auf die Marienburger Straße und die Beuster Straße.

Erst wenn die rechtlichen, ökologischen, verkehrlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen nachvollziehbar erfüllt sind, kann aus unserer Sicht verantwortungsvoll über die Umsetzung entschieden werden.

2. Wohnungswechsel und Generationenwechsel

Oftmals wohnen ältere Menschen in großen Wohnungen, während jüngere Familien (evtl. mit Kindern) gerade solche großen Wohnungen suchen. Ältere Personen würden sich evtl. in kleineren Wohnungen wohler fühlen.

Halten Sie es für sinnvoll und machbar, dass die Stadt Hildesheim aktiv einen Wohnungswechsel begleitet, z. B. durch eine Wohnungstauschbörse, eigene Aktivitäten für das Projekt „Jung kauft alt“, die Begleitung eines Generationenwechsels in den Quartieren oder ein Wohnungswechselportal?

☒ Ja ☐ Nein

Freiwillige Angebote zur Unterstützung eines Wohnungswechsels halten wir grundsätzlich für sinnvoll. Wenn ältere Menschen, die dies wünschen, beim Umzug in eine kleinere Wohnung unterstützt werden, kann zusätzlicher Wohnraum für Familien entstehen.

Gleichzeitig sollten die Erwartungen realistisch bleiben. Viele Menschen möchten ihr langjähriges Zuhause und ihr gewohntes Umfeld bewusst nicht verlassen. Das ist nachvollziehbar und verdient Respekt.

Angesichts der angespannten Haushaltslage der Stadt halten wir den Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen oder zusätzlichen Personals für wenig realistisch. Sinnvoller erscheint uns, bestehende Angebote gemeinsam mit Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und privaten Eigentümerinnen und Eigentümern weiterzuentwickeln.

3. Kosten

Die Kosten für Planung und Erschließung eines neuen Baugebietes werden anfänglich regelmäßig zu niedrig geschätzt. Erst später werden Folgekosten benannt, die in der ersten Aufstellung nicht berücksichtigt wurden, z.B. der Ausbau von Infrastruktur (öffentlicher Nahverkehr, Verkehrswege, Kitas und Schulen, Erweiterung der Abwasseraufbereitung usw.). Um die Gesamtkosten eines neuen Wohngebietes bereits im Vorfeld besser abschätzen zu können, hat das Land Baden-Württemberg einen „Folgekostenrechner“ entwickelt und den Kommunen unentgeltlich zur Verfügung gestellt. In Niedersachsen arbeitet z.B. die Stadt Pattensen mit diesem Werkzeug.

Halten Sie es für erforderlich, die langfristigen Folgekosten neuer Wohngebiete (z. B. Infrastruktur und Unterhaltung) systematisch in Planungsentscheidungen einzubeziehen?

☒ Ja ☐ Nein

Ja. Zu einer verantwortungsvollen Stadtentwicklung gehört, neben den Erschließungskosten auch die langfristigen Folgekosten zu berücksichtigen. Dazu zählen insbesondere Investitionen und Unterhaltungskosten für Verkehr, Kinderbetreuung, Schulen und weitere öffentliche Infrastruktur. Nur so können politische Entscheidungen auf einer belastbaren Grundlage getroffen werden.

Setzen Sie sich dafür ein, mit Hilfe eines Folgekostenrechners die Kosten eines neuen Baugebietes, wie z. B. dem Wasserkamp, transparent und öffentlich zu machen?

☒ Ja ☐ Nein

Transparenz über die langfristigen Kosten ist eine wichtige Grundlage politischer Entscheidungen und einer sachlichen öffentlichen Diskussion. Ob hierfür der Folgekostenrechner aus Baden-Württemberg oder ein vergleichbares Instrument genutzt wird, ist für uns zweitrangig. Entscheidend ist, dass die finanziellen Auswirkungen nachvollziehbar dargestellt werden.

Ist Ihnen bekannt, dass wir weitere finanzielle Risiken anhäufen, wenn wir den Wasserkamp weiter untersuchen?

☒ Ja ☐ Nein

Jedes größere Planungsverfahren ist mit finanziellen Risiken verbunden. Gleichzeitig sind weitere Untersuchungen notwendig, um eine fundierte Entscheidung treffen zu können. Deshalb müssen der Planungsprozess und die entstehenden Kosten kontinuierlich kritisch begleitet werden.

War es im Nachhinein sinnvoll, so viel Geld in die archäologische Untersuchung zu investieren?

☒ Ja ☐ Nein

Ja. Archäologische Untersuchungen sind gesetzlich vorgeschrieben und schaffen Planungssicherheit. Sie helfen, Bodendenkmale frühzeitig zu erkennen und spätere rechtliche oder finanzielle Risiken zu vermeiden.

4. Flächenversiegelung

Ab 2050 soll der „Verbrauch“ von Boden linear auf „Netto-Null“ gesenkt werden! Als Zwischenschritt sollen laut „Niedersächsischer-Weg-Umsetzungsgesetz“ im Laufe des Jahres 2030 die Neuversiegelung auf nur noch 3 ha / Tag verringert werden. Das ist ein gesetzliches Ziel, keine „Kann“-Bestimmung.

Setzen Sie sich dafür ein, dass die Versiegelungsreduzierungsziele des Landes und des Bundes jetzt schon von der Stadt Hildesheim aktiv unterstützt und in ihre Planungen eingearbeitet werden?

☐ Ja ☒ Nein

Ziel sollte es sein, die Versiegelung von Flächen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Gleichzeitig können Entsiegelungsmaßnahmen dazu beitragen, Eingriffe auszugleichen. Diese sollten daher bei der Bewertung und Planung berücksichtigt werden.

Setzen Sie sich dafür ein, dass die Stadt Hildesheim einen nachvollziehbaren Plan zur Verringerung der Neuversiegelung aufstellt?

☒ Ja ☐ Nein

Ja. Eine nachvollziehbare Strategie für einen sparsamen Umgang mit Flächen halten wir für sinnvoll. Dazu gehören die Stärkung der Innenentwicklung, die Nutzung bereits erschlossener Flächen und die Entsiegelung geeigneter Bereiche. Die SPD-Ratsfraktion hat hierzu bereits konkrete Vorschläge eingebracht. Entscheidend ist, dass die Maßnahmen realistisch umsetzbar und regelmäßig überprüft werden.

5. Demografische Entwicklung

Halten Sie es vor diesem Hintergrund für sinnvoll oder gar erforderlich, in den städtischen Bau- und Neubauplanungen die demografische Entwicklung zu berücksichtigen?

☒ Ja ☐ Nein

Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen spielt bei Planungen natürlich eine wichtige Rolle. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Prognosen der NBank lediglich Vorhersagen sind und die tatsächliche Entwicklung davon abweichen kann.

Sie stellen lediglich modellhafte Szenarien auf Basis bestimmter Annahmen dar. Insbesondere Wanderungsbewegungen, wirtschaftliche Entwicklungen und lokale Standortfaktoren sind langfristig nur eingeschränkt prognostizierbar. Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass Bevölkerungsprognosen tatsächliche Entwicklungen teilweise erheblich unterschätzen können. Daher sollten die Ergebnisse als Orientierungshilfe und nicht als gesicherte Vorhersage verstanden werden.

Halten Sie es für erstrebenswert, die Einwohnerzahl von Hildesheim auf über 100.000 zu erhöhen?

☒ Ja ☐ Nein

Eine lebenswerte Stadt wie Hildesheim, sollte möglichst vielen Menschen ein Zuhause bieten können. Mit einer steigenden Einwohnerzahl erhöht sich die Nachfrage nach Wohnungen, Dienstleistungen, Geschäften und Freizeiteinrichtungen. Dadurch entstehen neue Arbeitsplätze, Unternehmen können wachsen und die Stadt erzielt höhere Steuereinnahmen. Diese zusätzlichen Einnahmen können wiederum in die Verbesserung der Infrastruktur, Schulen, Kulturangebote und des öffentlichen Nahverkehrs investiert werden, wovon alle Einwohnerinnen und Einwohner profitieren.

6. Hochwasser- und Katastrophenschutz

2017 waren die Hildesheimer Ortsteile Itzum und Marienburg von einem starken Hochwasser betroffen.

Halten Sie es für gegeben, dass ein versiegelter Wasserkamp einen negativen Einfluss auf eine eventuelle Hochwassersituation in Hildesheim hat?

☐ Ja ☒ Nein

Das neue Quartier wird nach dem Schwammstadtprinzip gebaut.

Sollten wir in unserer Stadt mögliche Katastrophen bei der Frage der Versiegelung von Flächen stärker berücksichtigen?

☐ Ja ☐ Nein

Nicht allein der Grad der Versiegelung beeinflusst die möglichen Auswirkungen von Naturereignissen oder Katastrophen. Deshalb stellt sich die Frage, welche Risiken konkret berücksichtigt werden sollen. Ein Sturm kann beispielsweise dazu führen, dass Bäume umstürzen oder entwurzelt werden. Wäre daraus die Schlussfolgerung abzuleiten, keine Bäume mehr zu pflanzen oder sogar zu fällen? Ebenso können Brände in dicht bebauten Gebieten größere Schäden verursachen. Bedeutet dies im Umkehrschluss, dass auf Nachverdichtung grundsätzlich verzichtet werden sollte? Die bloße Existenz eines Risikos kann nicht das alleinige Kriterium für städtebauliche Entscheidungen sein; vielmehr sind Risiken und Chancen gegeneinander abzuwägen.

7. FFH-Gebiet „Beuster“ und Naturschutzgebiet „Am Roten Steine“

Das FFH-Gebiet „Beuster“ mit Naturschutzgebiet „Am roten Steine“ ist ein besonders empfindliches und nach EU-Recht besonders geschütztes Naturschutzgebiet. Es muss gesetzlich alles unterlassen werden, was den Erhaltungszustand des Gebietes verschlechtern könnte.

Welchen Einfluss eine Bebauung des Wasserkamps auf den Erhaltungszustand haben kann, ist Gegenstand aktueller Untersuchungen; der Umweltverträglichkeitsprüfung.

Umweltverbände und die Bürgerinitiativen sind entschlossen, vor Gericht die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben einzuklagen. Für die Stadt besteht hier ein großes Risiko, ungesetzlich zu handeln – wahrscheinlich wurde im Kontext der letzten Änderung des Flächennutzungsplanes bereits verfahrenswidrig gehandelt -, mit der Gefahr, dass die Wohnnutzung an dieser Stelle gerichtlich untersagt wird. Die finanziellen Risiken werden für die Stadt dadurch immer höher.

Halten Sie es für vertretbar, weiteres städtisches Geld in den Wasserkamp zu investieren, bevor die Verfahrensfragen rund um die FFH-Umweltverträglichkeitsprüfung geklärt sind?

☒ Ja ☐ Nein

Ob es wahrscheinlich ist, dass Verfahrensfehler begangen wurden, ist fraglich. Die Überprüfung bleibt abzuwarten.

Grundsätzlich ist die Einhaltung des europäischen und nationalen Naturschutzrechts für uns selbstverständlich. Offene rechtliche und naturschutzfachliche Fragen müssen sorgfältig geprüft und geklärt werden. Die hierfür erforderlichen Untersuchungen gehören zu einem ordnungsgemäßen Planungsverfahren und schaffen die Grundlage für eine rechtssichere Entscheidung.

8. Verkehr

Die Marienburger Straße gilt bezüglich Verkehr und Luftverschmutzung bereits jetzt schon als schwer belastet. Nehmen Sie das aktuell auch so wahr?

☒ Ja ☐ Nein

Ja. Wie viele Straßen in Hildesheim ist auch die Marienburger Straße bereits heute stark belastet. Das betrifft sowohl das Verkehrsaufkommen als auch die Belastungen für die Anwohnerinnen und Anwohner. Diese Ausgangssituation muss bei allen weiteren Planungen berücksichtigt werden.

Welche Vorschläge haben Sie, um die Menschen vor Ort zu entlasten? Welche Vorschläge haben Sie, die Belastung durch Verkehr zu verringern?

Statt den Individualverkehr weiter zu fördern, sollte die Nutzung des ÖPNV stärker beworben und das Pendlerportal bekannter gemacht werden. Die notwendigen Mittel wurden bereits bereitgestellt; beispielsweise wurde die Taktung verbessert, um das Angebot attraktiver zu gestalten. Nun gilt es, diese Möglichkeiten stärker zu kommunizieren und ihre Nutzung zu fördern.

Eine spürbare Entlastung wird nur durch ein Bündel verschiedener Maßnahmen gelingen. Dazu gehören ein attraktiver und verlässlicher öffentlicher Nahverkehr, der Ausbau des Rad- und Fußverkehrs sowie die Stärkung des Schienenverkehrs. Deshalb setzen wir uns unter anderem für die Erweiterung der Park-and-Ride-Anlage am Ostbahnhof und langfristig für einen Bahnhaltelpunkt Marienburg ein.

Im Zusammenhang mit einer möglichen Bebauung des Wasserkamps erwarten wir ein tragfähiges Verkehrskonzept. Dieses muss nicht nur die Erschließung des Baugebiets, sondern insbesondere auch die Auswirkungen auf die Marienburger Straße und die Beuster Straße nachvollziehbar untersuchen. Zusätzliche Belastungen dürfen nicht einfach hingenommen werden.

9. Hitze und Klimaanpassung

Gerade in den letzten Jahren war die Überhitzung der Innenstädte in den Medien präsent. Hildesheim hat 2025 als einzige Stadt in Norddeutschland die „rote Karte“ bekommen wegen einer Versiegelungsquote von 48 % bei einem Anteil begrünter Fläche von lediglich 3 %.

Ist das nach Ihrer Ansicht ein Problem, das angegangen werden muss?

☒ Ja ☐ Nein

Ja. Die zunehmende Hitzebelastung in Städten ist eine Herausforderung, der sich auch Hildesheim stellen muss. Klimaanpassung gehört deshalb zu den wichtigen Aufgaben einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung. Gleichzeitig sollten einzelne Studien oder Rankings stets im jeweiligen Kontext betrachtet werden und nicht alleinige Grundlage politischer Entscheidungen sein.

Welche Initiativen können von Ihnen erwartet werden, der zunehmenden Hitze in Hildesheim zu begegnen?

Grundsätzlich wichtig ist uns, dass bei Bau- und Umgestaltungsmaßnahmen stets auf eine klimaangepasste Planung geachtet wird.

Wir setzen uns für konkrete Maßnahmen zur Klimaanpassung ein. Dazu gehören mehr Straßenbäume und Stadtgrün (Antrag „1.000 Bäume für Hildesheim“), die Entsiegelung geeigneter Flächen, das Förderprogramm zur Dach- und Fassadenbegrünung, die Einrichtung eines Budgets für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels, Prüfung von „Tiny Forests“ sowie zusätzliche öffentliche Trinkwasserbrunnen und Sprühnebelanlagen, wo möglich. Auch der Hitzeschutz an Schulen und Kitas (Verschattung von Fenstern, Sonnensegel) ist für uns ein wesentlicher Punkt.

10. Boden- und Flächenschutz

Es gerät immer mehr in den Fokus, dass Böden, z.B. Ackerböden, mehr sind als ein nicht beliebig vermehrbares Wirtschaftsgut. Böden liefern uns Nahrung, beherbergen aber auch unendlich viele Lebewesen, speichern Wasser und sorgen für eine Abkühlung ihrer Umgebung. Versiegelungen dagegen heizen bei Sonneneinstrahlung ihre Umgebung intensiv auf.

Sollen Auswirkungen von Flächenversiegelung auf das lokale Klima (z. B. Hitzeentwicklung bzw. Kühlwirkung) ein zentrales Kriterium bei der Ausweisung von Bauflächen sein?

☐ Ja ☒ Nein

Die Planungen berücksichtigen bereits heute aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse und bewährte Konzepte zur Minimierung negativer Auswirkungen. Hierzu zählen unter anderem Maßnahmen der Schwammstadt, die gezielte Integration von Grün- und Wasserflächen sowie weitere klimaangepasste Elemente in den geplanten Quartieren.

Würden Sie Ideen oder Vorschläge zur Entsiegelung unterstützen?

☒ Ja ☐ Nein

Ja. Wo eine Entsiegelung sinnvoll und möglich ist, unterstützen wir entsprechende Maßnahmen. Die SPD-Ratsfraktion hat hierzu bereits konkrete Vorschläge eingebracht. Entsiegelung verbessert das Stadtklima, fördert die Regenwasserversickerung und erhöht die Aufenthaltsqualität. Deshalb sollten speziell öffentliche Flächen regelmäßig auf Entsiegelungspotenziale überprüft werden. Insbesondere bei Straßenarbeiten, sind Maßnahmen zu planen, die Entsiegelung, Baumpflanzungen etc. mitberücksichtigen.

Sollten unbebaute Flächen wegen ihrer Funktion für Wasserhaushalt und Temperaturregulierung besonders berücksichtigt und geschützt werden?

☒ Ja ☐ Nein

Welche Auswirkungen eine Fläche auf den Wasserhaushalt hat, hängt maßgeblich von ihrer Beschaffenheit und Nutzung ab. Nicht jede unbebaute Fläche erfüllt automatisch eine wichtige Funktion für die Versickerung oder Rückhaltung von Niederschlagswasser. Gleichzeitig können auch bebaute Gebiete durch geeignete Maßnahmen einen Beitrag zum Wassermanagement leisten. Entscheidend ist daher die konkrete Betrachtung der jeweiligen Fläche und ihrer Eigenschaften. Im Rahmen der Planung werden entsprechende Aspekte berücksichtigt, beispielsweise durch die Integration von Grünflächen, Retentionsräumen und Elementen des Schwammstadt-Prinzips, um den natürlichen Wasserhaushalt bestmöglich zu unterstützen.

11. Halten Sie, unter Abwägung aller Argumente, eine Bebauung des Wasserkamps für erforderlich oder notwendig?

☐ Ja ☐ Nein

Aus Sicht des SPD-Ortsvereins lässt sich diese Frage derzeit nicht mit einem einfachen Ja oder Nein beantworten.

Die SPD Südstadt hat die Planungen für eine Bebauung des Wasserkamps von Beginn an kritisch begleitet. Gleichzeitig respektieren wir die demokratisch getroffenen Beschlüsse innerhalb der SPD und im Rat und begleiten das weitere Verfahren konstruktiv-kritisch.

Unsere Haltung haben wir bereits in den vorherigen Antworten erläutert. Für eine abschließende Bewertung sind die im weiteren Verfahren noch offenen Fragen entscheidend. Dazu gehören insbesondere die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Vorhabens, ein tragfähiges Verkehrs- und Mobilitätskonzept, die Vereinbarkeit mit Natur- und Artenschutz sowie die verbindliche Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Sollte das Baugebiet umgesetzt werden, muss der geförderte Wohnungsbau mit mindestens 25 Prozent bereits im ersten Bauabschnitt verbindlich realisiert werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass bezahlbarer Wohnraum nicht auf spätere Bauabschnitte verschoben wird.

Erst wenn diese Voraussetzungen erfüllt und nachvollziehbar nachgewiesen sind, kann aus unserer Sicht verantwortungsvoll über die Umsetzung des Vorhabens entschieden werden.